

Deutschlandfunk Kultur
Zeitfragen vom 22.5.2019
Frankfurt – Weimar – Bonn
Deutsche Verfassungsgeschichte
Eine Sendung von Annette Wilmes

Redakteur: Winfried Sträter

Take 1: (Rundfunk-Sprecher)

Feierliche Verkündung, Verabschiedung des Grundgesetzes. Das weiße Gebäude der Pädagogischen Akademie direkt am Rhein gelegen zeigt heute ein festliches Bild. Vorne, am Eingang, die Flaggen aller deutschen Länder. Und hier in diesem nüchternen Saal der Aula der Pädagogischen Akademie heute einmal Lorbeerbäume und Blumenschmuck.

Regie: Musik unter den Text

Autorin

Bonn, 23. Mai 1949. Der Parlamentarische Rat ist ein letztes Mal zusammengekommen. Auf der Tagesordnung steht ein einziger Punkt: Feststellung der Annahme, Ausfertigung und Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer:

Take 2 (Konrad Adenauer)

Meine Damen und Herren, gemäß Artikel 145 verkündige ich im Namen und im Auftrage des Parlamentarischen Rates, unter Mitwirkung der Abgeordneten Berlins das Grundgesetz. Es tritt mit Ablauf des heutigen Tages in Kraft.

Autorin

Das Grundgesetz war auf Geheiß der alliierten Siegermächte USA, Frankreich und Großbritannien zustande gekommen. Der Parlamentarische Rat, zusammengesetzt aus 65 Landtagsabgeordneten, darunter vier Frauen, hatte den Entwurf in acht ein

halb Monaten erarbeitet und dann auch verabschiedet. Es gab keine Volksabstimmung. Das ist für eine Verfassung eher ungewöhnlich. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg und nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur schien dies der beste Weg zu sein, um im westlichen Teil des geteilten Deutschlands die Demokratie zu etablieren. Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone entstand am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik, die DDR. Das Grundgesetz für die westliche Trizone war als Provisorium gedacht.

Take 3 (Horst Dreier)

Denn das war seinerzeit klar, man würde einen Notbau errichten für eine Übergangszeit, weil man eigentlich der Überzeugung war, die deutsche Wiedervereinigung würde nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Autorin

Und zur Wiedervereinigung sollte dann eine echte Verfassung entstehen, dazu war Artikel 146 ins Grundgesetz geschrieben worden. Es sollte seine Gültigkeit an dem Tage verlieren, an dem eine "Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".

Aber dann kam alles anders. Horst Dreier, Professor für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg:

Take 4 (Horst Dreier)

In dieser Zeit, also nach der Teilung, nach der deutlichen Westbindung, die Adenauer dann durchgesetzt hat, hat sich das Grundgesetz eigentlich je länger je mehr als eine gut lebbare Verfassung erwiesen, insbesondere zunehmend vielleicht in den 60er, 70er, 80er Jahren auch wegen der Grundrechte, nicht zuletzt wegen der intensiven Judikatur des Bundesverfassungsgerichts. Es ist eine Erfolgsgeschichte geworden.

Autorin

Für die Mitglieder des Parlamentarischen Rates war nicht vorhersehbar, dass aus dem Provisorium eine echte Verfassung, eine "Vollverfassung" werden sollte. Das Wort "Verfassung" hatte man vermieden, denn eine Verfassung sollte nur für ein wieder geeintes Deutschland gelten. Die Bezeichnung "Grundgesetz" erläuterte Carlo Schmid, der bekannte Staatsrechtler, der für die SPD im Parlamentarischen Rat saß.

Take 5 (Carlo Schmid)

Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten. Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten. Auch ein Staatsfragment muss eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit.

Take 6 (Michael Stolleis)

Man muss sich in diese Lage 1945 bis 1949 zurückversetzen. Große materielle Probleme, Schutt aufräumen, sowohl buchstäblichen Schutt als auch in den Köpfen. Es waren eben doch noch viele überzeugt, dass der Nationalsozialismus eigentlich doch etwas Gutes gebracht hat.

Autorin

Michael Stolleis, früherer Direktor des Max-Planck-Instituts für Rechtsgeschichte und emeritierter Professor für öffentliches Recht und neuere Rechtsgeschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Take 7 (Michael Stolleis)

Und wie die Menschen so sind, diese Bilder und Überzeugungen verschwinden wenig, lassen langsam nach oder sie bleiben bis zum Tod einer ganzen Generation in den Köpfen. Und das haben wir in der Bundesrepublik auch erlebt. Die jüngere Generation, die etwa um, sagen wir, 1955 bis 1967 an die Universitäten kam, die fing dann an zu diskutieren mit der Elterngeneration. Ich hab das sehr deutlich noch vor Augen.

Autorin

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes waren anders, sie waren Nazi-Gegner. Unter ihnen waren Emigranten, viele Nazi-Opfer, auch Widerstandskämpfer, auch ehemalige KZ-Gefangene. So entstand im Parlamentarischen Rat eine Verfassung, die die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ganz nach vorne rückte.

Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Dass es dazu kommen konnte, habe auch daran gelegen, dass nach 12 Jahren Nationalsozialismus die Demokratie noch nicht vollständig verlernt war, meint Horst Dreier.

Take 8 (Horst Dreier)

Es ist ja so gewesen, dass man nach 1945 die Bundesrepublik langsam von unten nach oben wieder aufgebaut hat. Das politische Leben ist ja zuerst in den Gemeinden und Kreisen, also in den Kommunen, wieder aufgenommen worden. Dann auf der Länder-Ebene, auch Wahl der Landtage, man hat ja so demokratische Einübungsprozesse gehabt, die ja auch als solche nicht vergessen waren. Die Weimarer Republik lag ja auch nur 12, 13, 14 Jahre zurück, man musste ja nicht bei Null anfangen. Adenauer ist ja sozusagen die Verkörperung dieser Tradition. In Weimar Oberbürgermeister in Köln, jetzt Bundeskanzler. Und ich meine, 12, 13 Jahre sind ja wirklich nicht viel.

Autorin

Auch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates erinnerten sich bei der Formulierung des Grundgesetzes an die Weimarer Reichsverfassung. Und sie konnten auf eine noch längere deutsche Verfassungsgeschichte blicken. Sie reicht zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, als in der Märzrevolution von 1848 bürgerlich-liberale Kräfte das Fürstentum besiegten. In der Frankfurter Paulskirche trat die Nationalversammlung zusammen, um einen Nationalstaat mit freiheitlicher Verfassung und allgemeinem Wahlrecht zu begründen. Bemerkenswert dabei sei, meint Verfassungsju-

rist Horst Dreier, dass in der Paulskirchenverfassung bereits freiheitliche Grundrechte enthalten waren, wie wir sie im Grundgesetz wiederfinden.

Take 9 (Horst Dreier)

Und das zeigt zum einen, wie absolut modern die Paulskirchenverfassung gewesen ist. Das ist wirklich staunenswert. Also die Parallelen zwischen Bundesverfassungsgericht und dem Reichsgericht in der Paulskirchenverfassung 1849 in der Paulskirchenverfassung sind stärker als die Parallelen zwischen dem Staatsgerichtshof in der Weimarer Republik und dem Bundesverfassungsgericht. Und es gibt einige Grundrechte, die sind praktisch unverändert, also von ihrer Textgestalt her unverändert in der Paulskirchenverfassung niedergelegt worden und haben sich dann über Weimarer Reichsverfassung bis hin zum Grundgesetz gehalten. Also etwa Freiheit der Person ist so ein Beispiel. Oder ein zweites, vielleicht wichtigeres, die Norm zur Religionsfreiheit. Zum Beispiel der Satz, es besteht keine Staatskirche, findet sich schon in der Paulskirchenverfassung, dann in der Weimarer und jetzt auch bei uns durch die Übernahme dieser Weimarer Artikel ins Grundgesetz. Also unterm Strich würde ich sagen, absolut, es gibt in mehr Bereichen als man denkt da eine starke Kontinuität, natürlich mit großer Ausnahme der sozialen Grundrechte. Die waren natürlich 1848/49 noch kein Thema.

Autorin

Die Paulskirchenverfassung wurde zwar im März 1849 verabschiedet, verlor aber schnell an Bedeutung, weil die deutschen Fürsten in der Konterrevolution die Macht zurückerobert hatten. Nachdem Preußens König Friedrich Wilhelm IV. am 28. April 1849 die ihm angebotene Kaiserkrone abgelehnt hatte, war die Revolution 1848/49 schließlich gescheitert.

Take 10 (Horst Dreier)

Das waren einfach die wieder erstarkten restaurativen Kräfte, die sich durchgesetzt haben und gegen Preußen und gegen Österreich war damals nichts zu machen. Vielleicht war auch die Paulskirchenverfassung in vielem zu modern. Also sie ist schon von einer stupenden Modernität. Immer, wenn ich reingucke, staune ich, ehrlich gesagt.

Regie: Musikeinblendung

Autorin

Im November 1919 gibt es wieder eine Revolution in Deutschland, diesmal erfolgreich. Der Kaiser dankt ab. Philipp Scheidemann ruft am 9. November vom Balkon des Reichstags die Republik aus. Der Rat der Volksbeauftragten übernimmt die Regierungsgewalt, in der die gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten – MSPD – mit den Unabhängigen Sozialdemokraten – der linken USPD – zusammenarbeiten. Die Volksbeauftragten führen das Frauenwahlrecht sowie das Verhältniswahlssystem ein. Der Vorsitzende der SPD, Friedrich Ebert, will, dass so schnell wie möglich Ruhe einkehrt. Eine Minderheit ist für die Räterepublik, die Mehrheit entscheidet sich für die Wahl zur Nationalversammlung. Am 19. Januar 1919 wird gewählt. Die Situation ist immer noch von ideologischen Gegensätzen geprägt, Konflikte und Gewalt stehen auf der Tagesordnung. Die Lage in Berlin ist so heikel, dass die Nationalversammlung fernab der Hauptstadt zusammentreten muss, in Weimar. Die erste demokratische Verfassung auf deutschem Boden entsteht. Friedrich Ebert wird als Reichspräsident vereidigt.

Take 11 (Friedrich Ebert)

Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein. Freiheit für alle Volksgenossen. Aber jede Freiheit, an der mehrere teilnehmen, muss ihre Satzung haben. Diese haben Sie geschaffen. Gemeinsam wollen wir sie festhalten. Aus Ihrem Vertrauen bin ich an die erste Stelle im Deutschen Reich gestellt worden. In Ihre Hand habe ich das Gelöbnis abgelegt, die von Ihnen für das deutsche Volk geschaffene Verfassung treu zu wahren.

Take 12 (Michael Stolleis)

Eigentlich war sie die erste republikanische Verfassung, denn das Wahlrecht der Paulskirche von 1848/49 war ja auch schon ein gleiches Männerwahlrecht. Insofern kann man sagen: die erste realisierte republikanisch-demokratische Verfassung. Das konnte nur gelingen durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg, durch den Sturz der Monarchien, nicht nur der Hohenzollern, sondern auch aller anderen. Das ging innerhalb von wenigen Tagen dann und durch den Zusammenbruch der inneren Ord-

nung. Aber das Ganze ist einer der wichtigsten Wendepunkte der deutschen Geschichte, ohne Zweifel.

Autorin

Das Demokratieprinzip war in Weimar sehr stark ausgeprägt. Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger standen hinter den neuen Vorgaben und das war eine Gefahr für die junge Republik. Horst Dreier:

Take 13 (Horst Dreier)

Es war ja von Anfang an das Problem, was nicht besonders überrascht, dass bei so einem abrupten und fundamentalen Systemwechsel nicht alle Bürger, nicht die gesamte Bevölkerung und auch nicht alle Parteien sofort hinter diesem System stehen.

- o.c.** ((Und es kam erschwerend hinzu, dass es immer eine relativ große Gruppe gab, die der vergangenen Monarchie nachgetrauert hat, die waren auch in meiner Zunft, wenn ich das mal so sagen darf, also bei den Juristen, bei den Richtern, auch bei den Staatsrechtslehrern durchaus vertreten. Ein österreichischer Staatsrechtslehrer hat mal von der monarchistischen Befangenheit der deutschen Staatsrechtslehrer gesprochen. Das ist so ein ganz hübscher Begriff. Oder Ernst Fraenkel hat die Richter, die zum Großteil noch aus der Kaiserzeit stammten, mal als Monarchisten aus innerer Notwendigkeit bezeichnet.))

Autorin

Die Linke war zersplittert. Die so genannte Weimarer Koalition, die aus den Mehrheitssozialdemokraten, dem Zentrum – den Konservativen – und der deutschen demokratischen Partei – den Liberalen – bestand, hatte eine große Mehrheit in der Nationalversammlung. Sie trugen das Verfassungswerk. Danach aber hatten sie bei keiner der weiteren Wahlen mehr ähnliche Erfolge.

Take 14 (Horst Dreier)

Sie wurden schon bei der nächsten Wahl 1920 dann bitter enttäuscht mit starken Verlusten, so dass der Kreis derjenigen, die man als Verfassungstragende Parteien oder Gruppen ansprechen kann, dass dieser Kreis nicht besonders groß und besonders stark war. Ich würde sagen, 1928 hatten die so das Gefühl, wir haben eine ziemlich solide und wahrscheinlich auch bald wachsende Mehrheit, aber dann kam, wie wir alle wissen, die Weltwirtschaftskrise, dann kam Brüning, dann kamen die Präsidialkabinette, dann kam Hitler, dann kam das Ende.

Regie: Musikeinblendung

Autorin

Das Scheitern der Weimarer Republik diente den Müttern und Vätern des Grundgesetzes als Warnung. Im Grundgesetz zogen sie besonders hohe Mauern ein, um die Verfassung zu schützen.

Take 15 (Horst Dreier)

Man hat gesagt, die Weimarer Verfassung hatte Konzeptionsmängel, aus denen hat man gelernt, und das Grundgesetz hat es dann so viel besser gemacht. Da muss man jetzt allerdings glaube ich die verschiedenen Elemente einer Verfassung unterscheiden. Sicher hat das Grundgesetz ein anderes Regierungssystem etabliert. Und das ist in der Tat mit Blick auf die Reichspräsidentschaft insbesondere von Hindenburg 'ne relativ klare Sache, 'ne klare Entscheidung.

Autorin

Der Reichspräsident hatte zu viele Kompetenzen auf sich vereinigt mit den Notverordnungen, mit dem Recht, das Parlament aufzulösen und mit dem Recht der Ernennung des Reichskanzlers. So hatte Hindenburg zur Zerstörung der Weimarer Republik 1932/33 sehr viel beigetragen. Dass der Bundespräsident im Grundgesetz nur noch sehr geringe politische Gestaltungsrechte hat und sonst eher repräsentative Aufgaben erfüllt, gehört zu den Lehren aus Weimar. Der Rechtshistoriker Michael Stolleis:

Take 16 (Michael Stolleis)

Man hat die Grundrechte und die Menschenwürde ganz an die Spitze gesetzt im Vergleich, anders als bei der Weimarer Verfassung. Da waren sie ja im zweiten Hauptteil. Dann hat man starke Schutzelemente eingebaut, um die Verfassung im Falle der Bedrohung zu retten. Es ist eine ganze Serie von Artikeln. insgesamt nannte man das wehrhafte Demokratie.

Autorin

In Artikel 1 Absatz 3 des Grundgesetzes heißt es, dass die Grundrechte unmittelbare Geltung haben sollen. Sie sollten eben nicht bloße Deklarationen bleiben, sondern unmittelbare Rechtswirkung entfalten. Zur wehrhaften Demokratie gehörte auch, die Rolle der Parteien ins Grundgesetz aufzunehmen. Einerseits wurde ihnen ein bindendemokratisches Verhalten auferlegt, andererseits war es unter strengen Voraussetzungen möglich, sie zu verbieten.

Take 17 (Michael Stolleis)

Man hat auch bei den organisatorischen Teilen große Veränderungen vorgenommen, zum Beispiel das Misstrauensvotum ist ein konstruktives geworden. Man kann nicht mehr einzelne Minister durch Entscheidung des Parlaments aus der Regierung herausschießen. Man kann auch den Kanzler nicht stürzen, ohne dass man eine Alternativperson präsentiert. Insofern ist das kein umgebautes Gehäuse der Weimarer Verfassung, sondern es ist ein veritabler Neubau, aber mit großen Elementen der Weimarer Verfassung. Ohne die Weimarer Verfassung wäre das Grundgesetz so gar nicht denkbar gewesen.

Autorin

Der Weimarer Reichsverfassung die Schuld am Scheitern der Republik zu geben, sei ohnehin viel zu kurz gegriffen, meint Horst Dreier. Sehr lange Zeit habe man die Weimarer Republik und ihre Verfassung von ihrem Ende her beurteilt.

Take 18 (Horst Dreier)

Also man hat das Scheitern gesehen und ist dann in den Fehler verfallen, dass man die gesamte Beurteilung im Wissen um die weitere Entwicklung rückprojiziert. Also das ist gewissermaßen die besserwisserische ex-post-Perspektive, wenn ich weiß, wie es gelaufen ist, kann ich ja auch immer sagen, ja es konnte ja nicht anders kommen. Es konnte natürlich ganz anders kommen.

Autorin

Als Beispiel nennt Horst Dreier hier die Notverordnungen und das Notverordnungsrecht in Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, mit dessen Hilfe Hindenburg das Ende der Republik beschleunigt hatte.

Take 19 (Horst Dreier)

Hindenburg war nicht der erste, der davon extensiv Gebrauch gemacht hat. Das hat Friedrich Ebert in den frühen Krisenjahren der Republik auch gemacht. Er hat Dutzende und Aberdutzende von Notverordnungen erlassen. Aber er hat es immer getan, um die gewaltigen Krisen zu bewältigen und die Republik letztlich zu stabilisieren. Was ihm ja auch gelungen ist. Er hat es immer getan in einem, wenn man so will, konstruktiven Sinne. Hindenburg hat es in einem destruktiven Sinn verwandt und das heißt, die besten oder schlechtesten Instrumente können gewissermaßen so oder so gehandhabt werden. Es kommt eben auch auf die jeweilige Führung, auf die Person und auf die Intention an, mit der man diese Instrumente nutzt.

o.c. ((Autorin

Und dass es 1949 keine Notstandsverfassung gab, lag schlicht daran, dass Deutschland weiterhin besetzt war.

Take 20 (Horst Dreier)

Und wenn es so einen Konflikt gegeben hätte, wie 1920, 21, 22, Aufstände, separatistische Bewegungen oder irgend was anderes, dann wären einfach die Amerikaner und die Engländer und vielleicht auch die Franzosen aus den Kasernen ausgerückt und hätten das niedergeschlagen. Aus. Das brauchten wir nicht.))

Regie: Musikeinblendung

Autorin

Dass die Weimarer Republik nicht an ihrer Verfassung gescheitert ist, sieht auch Pascale Cancik so. Sie ist Professorin für Öffentliches Recht, Geschichte des öffentlichen Rechts und Verwaltungswissenschaften an der Universität Osnabrück. Pascale Cancik spricht in diesem Zusammenhang von den "Schwierigkeiten der Verfassungsbewirkung in feindlicher Umgebung".

Take 21 (Pascale Cancik)

Die Weimarer Republik war bekanntlich stark geprägt von verfassungsfeindlichen Kräften, gerade auch bei den Eliten, also beim Gesetzgeber, bei den Gerichten, den Verwaltungen. Das sind solche Kräfte, die von Beginn an gegen die Republik waren und auch dagegen kämpften, oder solche, die sich gleichgültig-zurückhaltend verhielten oder sich später republikfeindlichen Parteien zuwandten. Und in einer solchen Umgebung, die außerdem ja auch noch von massiven wirtschaftlichen Notlagen geprägt war, ist die Verwirklichung von Verfassung natürlich schwierig.

Autorin

Ganz besonders schwierig war es, das Thema Gleichberechtigung in die Verfassung zu bringen. Denn das war absolut neu, dass Frauen in einer Verfassung eine Rolle spielten. In der Paulskirchenverfassung von 1849 waren Frauen schlicht noch nicht vorgekommen. Monika Wienfort, außerplanmäßige Professorin für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin:

Take 22 (Monika Wienfort)

Die politischen Gruppierungen und Frühparteien, die sich bilden, hatten allesamt eins gemeinsam: Dass es ihnen nicht um die politischen Rechte von Frauen ging. Gleichwohl gibt es auch in der Revolution von 1848 einige Frauen, die sich engagieren: Luise Otto Peters ist die berühmteste, die auch eine Zeitschrift für Frauen begründet, so dass man heute sagen kann: So, wie 1848 der Beginn des politischen Parteiensystems gewesen ist, ist 1848 auch der Beginn der ersten bürgerlichen Frauenbewegung, weil sich dort eben einige Frauen finden, die politische Rechte fordern.

Autorin

Aber es ist nur eine Minderheit. Und bei den meisten politischen Parteien ist es eher so, dass sie antifeministische Ideen verbreiten und Frauen, die sich engagieren, lächerlich machen, zum Beispiel in Karikaturen. In der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche saßen ausschließlich Männer.

Take 23 (Monika Wienfort)

Ausschließlich gebildete Männer, ausschließlich Männer regionaler Eliten, die, jeden-

falls aus heutiger Sicht, kaum repräsentativ für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gelten konnten. Aber 1848, unter diesen Bedingungen, noch längst nicht alle Gruppen in der Bevölkerung können lesen und schreiben, von politischer Bildung ganz zu schweigen, man spricht immer davon, 1848 sei die Paulskirche ein Professorenparlament gewesen; genauer genommen ist es eher ein Juristenparlament gewesen.

Autorin

Die Männer gehörten überwiegend liberalen Gruppierungen an. In der Nationalversammlung in Weimar war das Parteienspektrum zwar vielfältiger, es gab Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Kommunisten und Nationale. Aber auch hier war es überaus schwierig, das Thema Gleichberechtigung in die Verfassung zu bringen. Die vergleichsweise revolutionäre Formulierung, die Ehe beruhe auf der Gleichberechtigung der Geschlechter, wurde durch eine Art Trick in den Text aufgenommen. Die Verfassungsrechtlerin Pascale Cancik:

Take 24 (Pascale Cancik)

Diese Formulierung wurde erst in der letzten Lesung der Verfassung in der Nationalversammlung überhaupt eingebracht, vielleicht kann man sogar sagen: fast ein wenig eingeschmuggelt. Sie wird dann heftig debattiert, aber eben doch angenommen. Das bedeutet zugleich auch, dass diese Normen nicht einen breiten Verfassungskonsens formulieren, sondern doch eher als kleine, stille Verfassungsrevolutionen charakterisiert werden können.

Autorin

Der Verfassungstext bewirkte jedoch nichts in der Verfassungswirklichkeit. Die Eheregelung im Bürgerlichen Gesetzbuch war für die Frau diskriminierend. Allein der Mann konnte rechtlich wirksame Entscheidungen treffen, also etwa über das Vermögen verfügen. Jegliche Erwerbsarbeit der Frau musste er genehmigen. Die wenigen Lehrerinnen verloren mit der Heirat regelmäßig ihre Beamtenstellung – das so genannte Lehrerinnenzölibat. Und dabei blieb es.

Take 25 (Pascale Cancik)

Weil auch Anhänger der parlamentarischen Republik, also verfassungstreue Akteure, den Forderungen nach Gleichberechtigung doch sehr skeptisch gegenüberstanden. Die gesetzlichen Änderungen, die erforderlich gewesen wären, wurden nur sehr zögerlich oder gar nicht erlassen.

- o.c.** ((Die Staatsrechtswissenschaftler haben in ihren Kommentierungen die Gleichberechtigung als Zukunftsrecht, als bloße Programmaussage markiert und den Normen damit eine harte und unmittelbare Rechtswirkung eigentlich abgesprochen.)) Das heißt, wir haben eine Liste von nicht umgesetzten Verfassungsnormen und einige Umsetzungsversuche, die dann in der weiteren Folge wieder zurückgenommen worden sind.

Autorin

So konnten Frauen erst 1922 Richterinnen oder Anwältinnen werden. Der Beamtinnenzölibat wurde kurz abgeschafft, dann wieder eingeführt. Auch die Gleichberechtigung in Ehe und Familie wurde nicht verwirklicht.

Take 26 (Pascale Cancik)

Das hätte erfordert, dass man das Ehe- und Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs erheblich verändert. Und das ist ja noch bis lange in die Bundesrepublik hinein nur Stück für Stückchen geschehen.

Autorin

Tatsächlich war auch 1949 im Parlamentarischen Rat der Gleichberechtigungsartikel nur sehr schwer durchzusetzen. Dass es schließlich nach langem, zähen Kampf gelang, war der Juristin Elisabeth Selbert zu verdanken.

Take 27 (Elisabeth Selbert)

Meine verehrten Hörerinnen und Hörer, der gestrige Tag, an dem die Gleichberechtigung der Frau in die Verfassung aufgenommen worden ist, dieser Tag war ein geschichtlicher Tag.

Autorin

Elisabeth Selbert im Januar 1949, eine von vier Frauen im Parlamentarischen Rat gegen 61 Männer. Sie war quer durch die Bundesrepublik gezogen, um Unterschrif-

ten zu sammeln. Waschkörbeweise kamen Protestschreiben von Frauen in Bonn an. Mithilfe der unglaublichen außerparlamentarischen Unterstützung gewann die engagierte Sozialdemokratin den Kampf um die Gleichberechtigung. Ein Kampf, der bis heute nicht ausgefochten ist.

Take 28 (Pascale Cancik)

Wenn man die lange Geschichte in den Blick nimmt, dann sieht man, dass es ein harter und langer Kampf war. Man sieht die vielen Versuche, die Rückschläge, die Verhinderungen, die Ignoranz, und man sieht einen Kampf, der ja auch nach der Weimarer Reichsverfassung noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern bis weit in die Bundesrepublik reicht.

Regie: Musikeinblendung

Autorin

Zwischen der Paulskirchenverfassung, die nie in Kraft trat, der Weimarer Reichsverfassung, die mit der Republik nach 14 Jahren unterging und dem Grundgesetz, das seit 70 Jahren in Kraft ist, gibt es erstaunliche Kontinuitäten.

Take 29 (Michael Stolleis)

Die Paulskirchenverfassung ist ja gescheitert. Aber man kann doch sagen, dass die Paulskirchenverfassung nicht vergessen wurde.

Autorin

Erläutert der Rechtshistoriker Michael Stolleis.

Take 30 (Michael Stolleis)

Und es ist erwiesen, dass einige der Hauptakteure in der Nationalversammlung von 1919 die Paulskirchenverfassung herangezogen haben, und der Grundrechtsteil ist ganz deutlich strukturiert nach deren Grundrechtsteil. Und insofern ist die Paulskirche eine schmerzliche Erfahrung in der deutschen Geschichte. Sie ist gescheitert, und man war jetzt der Meinung, 1919, das darf nicht noch einmal passieren. Aber wir arbeiten mit der Paulskirchenverfassung. Wir schauen uns die amerikanische Verfas-

sung an und die übrigen europäischen Verfassungen. Insofern gehört sie geistesgeschichtlich eindeutig zum deutschen Erbe und ist mit verwertet worden sowohl in Weimar als auch im Parlamentarischen Rat dann für das Grundgesetz.

Autorin

In allen drei Verfassungen sind die politischen Grundrechte festgeschrieben, das sind Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit. Auch die Freiheit der Wissenschaft und Kunst, die Religionsfreiheit und die Eigentums-garantie hatten ihren Platz.

Take 31 (Michael Stolleis)

Natürlich sind die organisatorischen Probleme im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie, wie man sie mehrheitlich noch 1848 wollte, völlig andere als später in der Bismarck-Verfassung oder dann in Weimar und im Grundgesetz. Insofern ähneln sich Weimarer Verfassung und Grundgesetz stärker. Aber dahinter leuchtet immer die Paulskirchenverfassung als erster Versuch.

o.c. ((Autorin

Unterschiede gibt es bei den sozialen Grundrechten, die in der Paulskirchenverfassung gar nicht vorkommen. Im Grundgesetz heißt es lediglich in Artikel 20: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat". Nur in der Weimarer Reichsverfassung sind die sozialen Grundrechte ausführlich ausgestaltet.

Michael Stolleis:

Take 32 (Michael Stolleis)

Im Kompetenzteil der Weimarer Verfassung stehen schon die bekannten Dinge, also Sozialversicherung, Fürsorge, Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern und dann im Grundrechtsteil noch mal Trompetentöne sozusagen, was neu zu tun ist an Fürsorge für werdende Mütter, für Kinder, für Arbeiter, für Wohnungsbau und alles das.))

Regie: Musikeinblendung

Autorin

Das Grundgesetz entwickelte sich vom Provisorium, als das es 1949 eingerichtet wurde, zur soliden Verfassung des Bonner Teilstaats Bundesrepublik Deutschland. Als nach der friedlichen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik am 9. November 1989 die Mauer fiel, gab es Bestrebungen, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Bereits im Dezember trat der „Zentrale Runde Tisch“ in der DDR zusammen. Sein Verfassungsentwurf wurde jedoch in der ersten frei gewählten Volkskammer gar nicht erst behandelt. Stattdessen beschlossen die Abgeordneten mehrheitlich den Beitritt zur Bundesrepublik. Das Grundgesetz blieb in Kraft. Seit dem 3. Oktober 1990 gilt es für ganz Deutschland – die neue Bundesrepublik.

Take 33 (Horst Dreier)

Das interessante an diesem Vereinigungsprozess ist ja, das es eigentlich gar kein Beitritt gewesen ist, es wird ja immer gesagt, ist durch Beitritt zustande gekommen, die Einheit, aber tatsächlich ist sie ja durch den Einigungsvertrag zustande gekommen und das ist ja doch ein großer Unterschied. Das war damals wirklich 'ne bewunderungswürdige Leistung, diesen Einigungsvertrag zu schmieden.

Autorin

Die Vereinigung sei also durch einen Völkerrechtlichen Vertrag zustande gekommen. Vielleicht hätte politisch und symbolisch einiges dafür gesprochen, sich eine neue Verfassung zu geben. Aber rein praktische Gründe hätten das verhindert, meint Horst Dreier.

Take 34 (Horst Dreier)

Das Zeitfenster war nur kurze Zeit offen. Es wäre leichtfertig gewesen, damals einen langfristigen Verfassungsgebungsprozess mit Wahl einer Nationalversammlung oder so herbeizuführen. Möglicherweise wäre das Fenster schneller zu gewesen, als man gedacht hätte. Und da wäre es nicht tunlich gewesen, eine ausufernde Verfassungsdiskussion oder gar die Wahl einer Nationalversammlung vorzusehen.

o.c. ((Autorin

Einen besonderen Veränderungsdruck auf die Verfassung habe es nicht gegeben, meint Horst Dreier.

Take 35 (Horst Dreier)

Also die Hauptprobleme nach der deutschen Wiedervereinigung waren ja das, was man die innere Einheit nennt. Und die hat vielleicht weniger was mit den Normen des Grundgesetzes zu tun, als mit wirtschaftlichen Entwicklungen und sozialen Prozessen. Die lassen sich ja nur begrenzt durch Verfassungen steuern. Was es natürlich gegeben hat, aber das ist in einem Bundesstaat fast normal, immer wieder die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Also Föderalismuskommission I, Föderalismuskommission II, wahrscheinlich bald Föderalismuskommission III.))

Regie: Musikeinblendung**Autorin**

Das Grundgesetz wurde bis heute 62 mal verändert. Die großen Änderungen betreffen die Wiederbewaffnung, die Notstandsverfassung, die Wiedervereinigung und die Föderalismusreform. Sie hat sich zu einer stabilen Verfassung entwickelt. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass sie immer wieder Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt ist. Die Verfassungsrechtlerin Pascale Cancik sieht eine Gefahr in einer schleichenden Erosion von Verfassungsbewusstsein und Rechtsstaatsüberzeugung.

Take 36 (Pascale Cancik)

Eine Erosion, die auch damit zu tun hat, dass die Verfassten ihrer Verfassung gegenüber gleichgültig sind oder historisch ignorant sind, dass mit Ressentiments gegenüber Parlamentarismus gespielt wird, auch von Politikerseite zum Teil leichtfertig gespielt wird. Und das ist immer ein Problem für Verfassungen und für ihre Verwirklichung in der Praxis.
